

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/61

Bonn, den 31. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Jetzt endlich das Parteiengesetz ? ----- Ein noch nicht erfüllter Grundgesetzauftrag Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB	72
3	Berlin ~ auch Ostern Treffpunkt der Deutschen ----- Trotz schlechten Wetters und überfüllter Autobahnen	26
3	KPF setzt offen auf de Gaulle ----- Frankreiche Uhren gehen wirklich anders	20
3a	Das Bundesverdienstkreuz ... ----- Der "Fall" des Dr. Buete-fisch	50
4 - 5	De Gaulle und die "Dritte Welt" ----- Widersprüchliche Tendenzen der französischen Aussenpolitik Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	87

Chefredakteur Günter Marckschiffel

Jetzt endlich das Parteiengesetz

Ein noch nicht erfüllter Grundgesetzauftrag
Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

Als die Koalitionsparteien sich kürzlich im Haushaltsausschuß gegen die Stimmen der SPD dafür aussprachen, die Mittel für die Parteienfinanzierung von 20 auf 38 Millionen DM pro Jahr zu erhöhen, gab es wieder einmal feierliche Versicherungen, daß noch in dieser Legislaturperiode das Parteiengesetz verabschiedet werden soll. Solche Versicherungen sind nicht neu; wir haben sie schon in allen Legislaturperioden gehört, ohne daß die Bundesregierung der Verpflichtung des Grundgesetzes wirklich nachgekommen wäre. Das am 23. Mai 1949 verkündete Grundgesetz bestimmt in Artikel 21:

- * "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung
- * des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ord-
- * nung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müs-
- * sen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft
- * geben."

Alle bisherigen Vorlagen der Bundesregierung werden dieser klaren Bestimmung des Grundgesetzes nicht gerecht und scheitern im wesentlichen daran, daß die Bundesregierung und die Koalitionsparteien nicht bereit waren, die Verfassungsbestimmung zu erfüllen; nämlich, über ihre Mittel öffentlich Rechenschaft zu geben. Es war aber nicht das allein. Ich glaube, daß die Verabschiedung eines Parteiengesetzes auch daran gescheitert ist, daß der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer keine innere Einstellung zu diesem Grundgesetz-Artikel hatte und der CDU mehr den Charakter eines Wahlvereins gab.

Für die Sozialdemokratische Partei gäbe es nicht die geringsten Schwierigkeiten, einem Gesetz zuzustimmen, das Punkt für Punkt die Verfassungsbestimmungen erfüllt, denn ihr Aufbau ist demokratisch und ohne daß es bisher eine zwingende Vorschrift gibt, veröffentlicht sie in ihren Jahrbüchern zum Parteitag alles das bis zur Letzten Mark, was der Grundgesetzgeber mit dem Satz umschreibt: "Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben." Die CDU hingegen käme in große Schwierigkeiten, denn ihr Aufbau erfüllt an manchen Punkten nicht die Forderung, daß die innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen muß, und von einer Rechenschaftslegung über ihre Mittel kann überhaupt nicht die Rede sein.

Ein Parteiengesetz ist nach den erwähnten Beschlüssen im Haushaltsausschuß um so dringender geworden, als dieser Beschluß für die CDU/CSU und die FDP bedeutet, daß sie in ihrer Finanzgebarung praktisch vom Staat abhängig werden. Außer Nikaragua gibt es kein Land in der westlichen Welt, das in dieser Art und Weise die Parteien direkt subventioniert. Die Gefahren dieser Neuregelung liegen auf der Hand; man kann dem voll zustimmen, was der Schatzmeister der SPD, Alfred Nau kürzlich erklärt hat, nämlich, daß diese Maßnahme nicht das Interesse an den politischen Parteien weckt, sondern die Parteiverdrossenheit steigern wird.

Es besteht leider nur wenig Hoffnung, daß die Koalitionsparteien sich im Plenum von ihrem Beschluß abbringen lassen werden. Deshalb ist ein Parteiengesetz jetzt um so dringlicher geworden. Dieses Gesetz muß nach sozialdemokratischer Auffassung folgende Grundsätze erfüllen:

1. Es muß klare Bestimmungen über den demokratischen Aufbau einer Partei enthalten.
2. Die Chancengleichheit der Parteien muß gewährleistet werden.
3. Es muß dem Willen des Grundgesetzgebers Rechnung getragen und Bestimmungen über die Offenlegung der Mittel enthalten.

Es ist zu erwarten, daß sich die Geister wieder beim Punkt drei scheiden. Auch die SPD verlangt selbstverständlich nicht, daß spezifiziert über 1, 2 und 10 -DM-Spenden Auskunft gegeben wird. Die Offenlegung hat ja den Sinn, Großspender zu erfassen, um durch die Veröffentlichung der Gefahr zu begegnen, daß eine Partei auf finanziellem Wege von Einzelspendern oder Wirtschaftsgruppen abhängig wird. Über die Grenzen wird noch im einzelnen zu reden sein, aber die Sozialdemokratische Partei meint, daß man die Grenze der Einzelveröffentlichung in der Rechenschaftslegung schon bei 5.000 DM ziehen sollte.

Sie tritt auch dafür ein, den Gedanken in das Parteiengesetz aufzunehmen, den der Schatzmeister der SPD angeregt hat und zur Zeit mit seinen Kollegen von den anderen Parteien diskutiert, nämlich die Höhe der Wahlausgaben nach oben zu begrenzen. Eine solche Bestimmung im Parteiengesetz würde nur Segen stiften. An die Stelle der Materialschlachten würde dann wieder weit stärker die Qualität der Argumente treten.

Fest steht auf jeden Fall, daß nicht mehr länger gezögert werden darf. Das Grundgesetz ist schließlich kein totes Papier, sondern eine Verfassungsvorschrift, die endlich auch auf diesem Gebiet Wirklichkeit werden muß.

Berlin - auch Ostern Treffpunkt der Deutschen

Trotz schlechten Wetters und überfüllter Autobahnen

sp - Weder das schlechte Wetter, noch die zahlreichen von den Rundfunkstationen an die Adresse der Autofahrer gerichteten Warnungen vor überfüllten Autobahnen haben es bewirkt, daß der Massenstrom von Berlinbesuchern aus der Bundesrepublik eingedämmt wurde. Nach offiziellen Angaben sind während der Ostertage an die 120 000 Personen aus der Bundesrepublik nach Berlin gefahren; davon haben mindestens die Hälfte einen Besuch im Ostsektor der Stadt gemacht. Im vergangenen Jahr waren es nicht viel mehr. Dabei muß man bedenken, daß die meisten Berlinbesucher mit stundenlangen Wartezeiten an den Kontrollstellen gerechnet hatten. Sie nahmen trotzdem alles auf sich; stärker war der Wunsch, Verwandte und Freunde zu besuchen und dadurch wieder das Band zwischen dem Westen Deutschlands und den Menschen in der Zone zu festigen. Die Berliner im Osten der Stadt waren über ihre Osterbesucher genauso erfreut wie in jenen Tagen, als es für die Westberliner Passierscheine gab. Alle Unterhaltungen konzentrierten sich auf die Frage, ob nicht doch bald wieder damit zu rechnen sei, daß auch die Berliner mit Berlinern zusammenkommen können. Das Ausland hat den Strom der Osterbesucher nach Berlin wiederum als Beweis für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen gewertet. Das ist gut so, denn auf diese Weise wird immer mehr die Legende zerstört, die Deutschen hätten sich mit der Teilung ihres Vaterlandes abgefunden.

KPF setzt offen auf de Gaulle

Frankreichs Uhren gehen wirklich anders

sp - Da es im Interesse der Außenpolitik Moskaus liegt, bereiten die französischen Kommunisten schon jetzt ihre Anhänger darauf vor, daß sie bei den kommenden Präsidentschaftswahlen entschlossen sind, eine mögliche Niederlage de Gaulles zu verhindern.

KP-Generalsekretär Thorez erklärte am vergangenen Wochenende vor dem Zentralkomitee, die Partei dürfe nicht blindlings gegen de Gaulle stimmen, nur weil er kein Kommunist sei. So wäre es in der Vergangenheit falsch gewesen, de Gaulles Algerienpolitik zu bekämpfen. In der Gegenwart, so sagte Thorez, müsse die KP de Gaulles Chinapolitik (Anerkennung Peking), seine Bemühungen um die Verbesserung der Beziehungen zu Fidel Castro und die Bemühungen um die Neutralisierung Südvietnams unterstützen.

Die "Perspektiven" der französischen Kommunisten sind deutlich. Da de Gaulle durch seine eigenwillige Politik die westliche Gemeinschaft stört, ist er "richtig".

Selten ist die Rolle der KP Frankreichs als verlängerter Arm der Außenpolitik Moskaus so deutlich gewesen, wie jetzt. - Und die Gaulisten? Sie werfen den demokratischen Parteien vor, daß sie eine Neuaufgabe der "Volksfront" vorbereiten, während ihr Chef de Gaulle die Flogen des KP-Generalsekretärs schmunzelnd zur Kenntnis nimmt. Frankreichs Uhren gehen wirklich anders.

Das Bundesverdienstkreuz ...

Der "Fall" des Dr. Bueteßisch

Sp - Schon oft hat man sich darüber gewundert, wer alles ein Bundesverdienstkreuz trägt. Es wird vom Bundespräsidenten u.a. auch auf Vorschlag der Länderregierungen an Personen verliehen, die sich um den Aufbau und die Festigung der Demokratie besonders verdient gemacht haben. Theoretisch kann also jeder erwachsene Bürger diese Auszeichnung erhalten, sofern er unbescholten ist und im Dienst für die demokratische Gemeinschaft unseres Volkes Hervorragendes geleistet hat.

Nun ist das mit den Empfehlungen so eine Sache. Wenn ein Landesminister sagt, dieser oder jener Mann sei des Kreuzes würdig, sollte sich der Bundespräsident eigentlich auf die Zuverlässigkeit solcher Aussage verlassen können. Trotzdem wird geprüft: von der Ortspolizeibehörde, vom Verfassungsschutzamt und vielleicht auch vom militärischen Abschirmdienst. Genau weiß man so etwas nie. Anzunehmen ist jedoch, daß der schließlich Dekorierte in Ordnung ist. Was geschieht aber, wenn die Prüfer selbst nicht in Ordnung sind und alle Augen zuwücken; oder wenn der Geprüfte so dumm und taktlos ist und den "toten Mann" spielt, obwohl er am besten weiß, wie wenig seine Vergangenheit mit Demokratie zu tun hatte. Dumm und taktlos ist ein solcher Betroffener unbedingt. Dumm, weil er glaubt, seine Vergangenheit würde nicht bekannt werden, und taktlos, weil er den Bundespräsidenten in eine peinliche Situation bringt.

Was sich der ehemalige SS-Sturmabführer und jetzige Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Ruhrchemie-Oberhausen, Dr. Heinrich Bueteßisch, gedacht haben mag, als er das Große Bundesverdienstkreuz annahm, ist nicht ganz klar. Entweder meinte er, seine Vergangenheit spiele keine Rolle, oder er glaubte sicher zu sein, die Prüfer seiner Vergangenheit würden das Bundespräsidialamt beschwindeln. Eine dritte Möglichkeit: Dr. Bueteßisch hat vielleicht angenommen, seine in Nürnberg nach dem Kriege erfolgte Verurteilung zu sechs Jahren Haft wegen "Sklavenhandels" sei nach deutschem Recht nicht gültig. Möglich ist alles!

In dem Nürnberger Verfahren war damals festgestellt worden, daß Dr. Bueteßisch einst Direktor des Stammwerkes der IG-Farben in Leuna war, jenes Werkes, das mit einem Stammkapital von 600 Millionen Mark die Buna-Werke Auschwitz-Monowitz baute und für dieses Werk aus den KZ Auschwitz Häftlinge als Arbeiter "besog", die - sobald sie arbeitsunfähig wurden - mit dem berühmten, von den Leuna-Werken erzeugten "Zyklon-B" vergast wurden. Nach unwidersprochenen Angaben haben von den rund 300 000 KZ-Häftlingen, die an die Buna-Werke Auschwitz-Monowitz "geliefert" wurden, nur etwa 12 bis 15 000 das Kriegsende überlebt. - Im Nürnberger Prozeß wurde auch eine "Handelskorrespondenz" zwischen den Leuna-Werken und der Lagerleitung von Auschwitz vorgelegt. Daraus geht hervor, daß die Lagerleitung an die Leuna-Werke gelegentlich Häftlinge als "Versuchsobjekte" zum Preise von 170 Mark pro Häftling "abgegeben" haben. In vielen Fällen handelte es sich um Frauen...

Dem Bundespräsidenten sind wir zu Dank verpflichtet, daß er kurz und bündig den Dr. Bueteßisch zur Rückgabe des Verdienstkreuzes veranlaßte. Auf diese Weise hat er den Irrglauben mancher unserer Zeitgenossen zerstört, sie und ihresgleichen könnten sich in der Bundesrepublik a l l e s erlauben.

De Gaulle und die "Dritte Welt"

Widersprüchliche Tendenzen der französischen Aussenpolitik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die lateinamerikanischen Reisen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle - Mexiko war nur ein Auftakt - stehen im Zeichen einer vollkommen neuen Haltung Frankreichs zur "Dritten Welt". Das zeigt sich auch auf der gegenwärtigen Welthandelskonferenz in Genf. General de Gaulle bemüht sich, Marschall Tito als Schutzpatron der neutralen Entwicklungsländer den Rang abzulaufen.

Keine "Revanche"

Bis zum vorigen Jahr war Frankreich noch durch den Algerienkrieg belastet und galt in der "Dritten Welt" als typisch "kolonialistisch". Die Vereinigten Staaten förderten indirekt den Unabhängigkeitskampf der Nordafrikaner. Hat Frankreich jetzt Vergeltung, wenn es die lateinamerikanischen Bestrebungen unterstützt? In Paris weist man diesen Gedanken zurück. Nachträglich billigt man sogar in gaullistischen Kreisen den früheren amerikanischen Standpunkt, zieht aber daraus folgenden Schluß: die französische Abgrenzung von der gegenwärtigen nordamerikanischen Politik in Lateinamerika sei ebenso richtig, wie die seinerzeitige amerikanische Abgrenzung von der französischen Nordafrikapolitik. Beide Distanzierungen seien heilsam. Ebenso wie Washington den Franzosen aus dem nordafrikanischen Wespennest heraushalf, will jetzt Paris der USA aus der südamerikanischen Sackgasse heraushelfen. In dem einen wie im anderen Fall sei es wichtig, daß nicht die Politik Moskaus oder Pekings den Entwicklungsländern als einziger Ausweg erscheine. - "Revanche" gegenüber den Vereinigten Staaten stellt man also in Abrede, andererseits setzt man aber den Akzent nicht auf "Solidarität" mit ihnen, sondern auf "Abgrenzung".

Vertauschte Rollen

Diese französische Politik erstreckt sich bekanntlich nicht nur auf Südamerika, sondern auch auf Südostasien, insbesondere Vietnam, wo sich die Amerikaner im Verhältnis zu mehreren Regierungen nach und nach in einer ähnlichen mißlichen Lage befinden wie seinerzeit die Franzosen. In Südostasien besteht allerdings noch die Hoffnung, daß nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen einige Fehler korrigiert werden könnten. Man befürchtet, daß in Lateinamerika derartige Chancen weitaus geringer sind und daß noch geraume Zeit verstreicht, ehe man sich hier zu den radikalen politischen und sozialen Reformen bereitfindet, die zu einer wirklichen Befriedung führen könnten.

In Paris hat man den Eindruck, daß sich die verantwortlichen Männer der amerikanischen Politik in ihrem Verhältnis zu den Ländern südlich des Rio Grande in einem ähnlichen Dilemma befinden wie seinerzeit die Regierungen der 4. französischen Republik, die sehr wohl wußten, daß in Nordafrika radikale Lösungen unabwendbar waren, aber dennoch Gefangene der öffentlichen Meinung, der Interessengruppen und des Vorurteils der "Algérie Française" blieben.

Washington füge sich und damit der gesamten westlichen Welt ebensolchen moralischen Schaden zu wie damals Frankreich mit seiner Haltung nicht nur gegenüber Algerien, sondern auch in Tunesien, Marokko und der katastrophalen Suezaffäre, meint man jetzt in Paris. Man befürchtet hier, daß sich die Dinge in Amerika in gleicher Richtung entwickeln und im Verhältnis zu Kuba und auch zu Panama noch weiter zuspitzen könnten. - De Gaulles ausdrückliche Stellungnahme für das Selbstbestimmungsrecht

der Lateinamerikaner kommt also nicht von ungefähr; der General ist überzeugt, auf diese Weise den Westalliierten "einen Dienst zu erweisen" und den Einfluß Fidel Castros einzudämmen.

Castros Komplimente

Der kubanische Regierungschef feierte bekanntlich de Gaulle kürzlich als "Revolutionär". Der französische Präsident ist über dieses Kompliment durchaus erfreut. Seit seinem Widerstand gegen Hitler und Pétain, dann gegen die amerikanische "Vormundschaft" ebenso wie gegen die russische Hegemonie und für die nationale Unabhängigkeit seines eigenen Landes fühlt er sich durchaus als "Revolutionär", erst recht, seit er, freilich unter dem Druck unwiderstehlicher Volksbewegungen, den französischen Besitzungen in Afrika die nationale Unabhängigkeit zugestand.

Einen Höhepunkt erreichte dieser Weg letztlich in der diplomatischen Anerkennung des kommunistischen China und in den besten Beziehungen mit der "Sozialistischen Republik" Ben Bellas. Im gleichen Sinn tritt er für die Nachfolgestaaten ein, und auf dieser Linie liegt auch seine neue Offensive in Lateinamerika.

Noch fügt sich de Gaulle dem Veto Washingtons, Fidel Castro einen persönlichen Besuch abzustatten. Dieses amerikanische Veto wird in Paris bedauert; man glaubt hier, daß es durchaus im Interesse des Westens läge, wenn ein Antikommunist und Vertreter Westeuropas wie General de Gaulle in Kuba als "Revolutionär" und "Antikolonialist" begrüßt würde. Man ist hier überzeugt, daß Fidel Castro durch engere Beziehungen zu Westeuropa seine Abhängigkeit von Moskau verringern könnte.

Die Rolle Europas

Wie man sieht, sind de Gaulles Ambitionen nicht gering. Sein moralisches Prestige in der "Dritten Welt" ist gewaltig, vor allem, seit er von Mao Tse-tung, Ben Bella und Fidel Castro "revolutionäre Legitimationen" ausgestellt bekam und außerdem noch als Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auftritt. Genügt das aber, den Ländern Lateinamerikas tatsächlich die Wirtschaftshilfe zu geben, die sie erwarten?

Man weiß in Paris sehr genau, daß Frankreich über diese Kräfte nicht verfügt und daß ganz Westeuropa zusammenstehen muß, um diese Aufgabe zu erfüllen. Lateinamerika und die anderen Entwicklungsländer erwarten keine speziell französische Hilfe, sondern den aktiven Einsatz Europas in einer Aufgabe, die die ganze Welt betrifft. Hinzukommt noch die Ungewißheit, ob der nächste Staatspräsident wieder Charles de Gaulle heißen wird. Geht man von der Voraussetzung aus, daß de Gaulles politische Vorstellungen für die nächsten zehn Jahre die französische Politik bestimmen werden, dann könnte es möglich sein, daß eine immer größere Schwächung des Zusammenspiels der westeuropäischen Kräfte zum gegenteiligen Effekt führt, den de Gaulle heute anstrebt. Wird jedoch ein Defferre Staatspräsident, dann eröffnen sich für die westliche Welt andere Perspektiven. Defferre will zwar ebenfalls das französische Prestige in den Entwicklungsländern mobilisieren, dies aber nur in engster Zusammenarbeit mit der freien Welt.